

t.120 - 6 (74)

t.311 Kapverdische Inseln

t.311 Kapverdische Inseln 1 -BSZ/bsu Bern, 12. Januar 1976

t.311 Guinea-Bissau

t.311 Nigeria 14

t.851 - 125

Bericht über die Dienstreise von

A. Bisaz vom 2. - 19.12.1975

- I. Kapverdische Inseln
 - II. Guinea - Bissau
 - III. Warda (West African Rice Development Association)
 - IV. Photogrammetriezentrum Ife
-

I. Kapverdische Inseln

Unabhängig seit dem 5. Juli 1975

Bevölkerung ca. 300'000

Fläche 4'033 km² (10 bewohnte Inseln)

Bruttosozialprodukt per capita 150 \$ (Kolonialzeit)

1. Einige Bemerkungen zur politischen Situation

A. Folgen der Kolonialzeit

Vor rund 500 Jahren von den Portugiesen als unbewohnte Inseln entdeckt, durch Portugiesen und Sklaven aus den guineischen Ländern besiedelt, bilden die Kapverden heute das einzige Land in Afrika, wo eine Vermischung zwischen Schwarz und Weiss Tatsache ist. Ueber 75 % der Bevölkerung sind Mischlinge, je nach Insel etwas dunkler oder heller ausgeprägt. Diese Stellung zwischen zwei Rassen, die entsprechend stärkere kulturelle Prägung der Einwohner durch die Kolonialmacht verglichen mit anderen schwarzafrikanischen Staaten sowie die Insellage führen dazu, dass sich die Republik der Kapverden (und ihre Bewohner) in verschiedenster Beziehung stark von den afrikanischen Staaten unterscheidet und - obwohl sich zu Afrika zugehörig fühlend - wohl eher mit den Antillen als mit Afrika zu vergleichen ist. Einige dieser Besonderheiten werden in den nachfolgenden Ausführungen erwähnt.

Die kapverdischen Mischlinge wurden von den Portugiesen häufig als untere Kader - als Zwischenglied zwischen Schwarz und Weiss - in den Kolonialverwaltungen der afrikanischen und asiatischen Besitzungen Portugals eingesetzt. Dies hat

- einerseits zur Folge, dass viele Kapverder in Portugal eine gute Ausbildung erhielten und in portugiesischen Diensten gewisse praktische Erfahrungen sammeln konnten. Sie stehen heute z.T. im Dienste der neuen kapverdischen Regierung, die im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten auf ein relativ grosses und gut ausgebildetes Kader zählen kann (solange die nötigen Geldmittel zur Salarierung aufgetrieben werden können).
- Andererseits verliessen gute Leute das Land; ihre Zusammenarbeit mit den Portugiesen erschwert jedoch ihre Stellung in den heute unabhängigen Ländern, was zu einer bedeutenden Rückwanderung führt. Im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1975 sind rund 8000 Rückwanderer aus Angola, Timor und - in weit geringerer Zahl - aus Moçambique zurückgekehrt. Weitere 4000 werden erwartet, was schliesslich zu einer Flüchtlingszahl führt, die rund 4 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Für die Aufnahme dieser Flüchtlinge fehlen Unterkünfte, Nahrungsmittel, Arbeitsmöglichkeiten usw. Das Rote Kreuz bemüht sich um Aufbau der nötigen Struktur, wobei momentan die Rückkehrer gratis verpflegt werden, da noch kein Arbeitsprogramm ausgearbeitet werden konnte. Im Moment leben die Rückkehrer meist in Schulhäusern; der Schulunterricht wird in 3 Schichten à 3 Stunden in Noträumen notdürftig aufrechterhalten.

Neben dieser kolonialstaatlichen Auswanderung hatten die Kapverden auch seit jeher eine starke Auswanderung von Arbeitskräften zu verzeichnen, vor allem bedingt durch die oft fehlende Möglichkeit der Eigenversorgung auf den Inseln selbst. Heute leben mehr Kapverder in den klassischen Auswanderungsgebieten (Senegal, USA, Portugal, Holland) als auf den Inseln selbst. Ihre finanziellen Ueberweisungen an zurückgebliebene Familienmitglieder ist eine der wichtigsten Devisenquellen für das Land und in Krisenzeiten für viele Familien die einzige Möglichkeit zum Überleben. Allerdings führt die jetzige Rezession in Europa

und die schlechte wirtschaftliche Situation in Portugal ebenfalls zu einer Rückwanderung, die die Probleme des Landes noch verschärft, da diese Rückwanderer kaum Arbeit finden werden und noch mehr als die Rückkehrer aus Angola an einen Lebensstandard gewohnt sind, den sie auf den Kapverden nicht mehr werden finden können. Auf den Inseln selbst fällt im Zusammenhang mit der Auswanderung auf, dass wenig Männer zu sehen sind, wohl aber viele Frauen, Kinder und Greise; mehr als in den Städten trifft diese Tatsache in den ländlichen Gebieten zu.

Während der Kolonialzeit hat Portugal sehr wenig für die Kapverden getan. Im Infrastrukturbereich wurde nur das Nötigste vorgekehrt, um das Funktionieren des Gebiets zu gestatten. Da keine Produkte oder Materialien ausgebeutet werden konnten, bestand auch kein Interesse an einer Entwicklung. Einige wenige Kleinindustrien (z.B. Fischverarbeitung für den Export) und einige Plantagen (vor allem Bananen) wurden von Portugiesen auf privater Basis betrieben; diese Unternehmen wurden inzwischen verstaatlicht.

Die wichtigste Unterstützung Portugals war das sogenannte "Appoio", d.h. eine finanzielle Unterstützung für die Ausführung von Arbeiten der Kolonialverwaltung. Die recht bedeutenden Summen hätten eigentlich zu einer gewissen Entwicklung führen können. Neben Strassenbau (Kopfsteinpflaster !) wurden aber viele sinnlose Arbeiten durchgeführt (Brücken, die nie benützt wurden; Wege, die keine Funktion hatten usw.); massgebend schien allein der Gedanke, das Geld nicht zu verschenken. Dieses "Appoio" hat sicher manchen Familien geholfen, die Probleme der letzten Trockenzeit (1967-74) zu meistern, führte hingegen auch zu Folgen, die der Regierung grosse Schwierigkeiten bereiten, nämlich:

- eine Gewöhnung der Bevölkerung an eine Unterstützung von aussen,

- eine Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit durch viele Bauern, die nur noch Arbeiten der Kolonialverwaltung ausführten,
- eine schlechte Einstellung und mangelnde Motivation gegenüber Aufgaben, die von der Regierung für die Gemeinschaft durchgeführt werden.

Nach Erlangen der Unabhängigkeit haben die Kapverden während einer gewissen Zeit bestimmte Arbeiten, dank finanziellem Appoio von Portugal, weitergeführt; die eigenen finanziellen Probleme zwangen jedoch Portugal zum Abbruch dieser Unterstützung, was die Situation der Kapverden noch weiter verschärft und zum Abbruch dieser bezahlten Arbeiten führte. Zu beachten ist noch, dass die Opposition während der Kolonialzeit die Kapverder aufforderte, für das "Appoio" möglichst wenig zu leisten, da dieses System weniger den Kapverden als Portugal diene. Eine Weiterführung solch staatlicher Arbeiten - finanziert aus anderen Quellen - ist deshalb, trotz grosser Notwendigkeit, aus politischen Gründen etwas fraglich. Das Fehlen eines Arbeitsprogramms für die Rückwanderer als Gegenleistung zur Abgabe von Lebensmitteln durch das Rote Kreuz ist ebenfalls hauptsächlich auf diesen Punkt zurückzuführen; Alternativlösungen sind erst im Studium.

Die bedeutendste "Entwicklungshilfe" Portugals für die Kapverden ist - wie bereits erwähnt - die Ausbildung von Kadern. Obwohl aus eigennützligen Motiven durchgeführt, hat Portugal damit eine wichtige Basis für das Funktionieren des jetzigen Staats gelegt. Die Beamten im Landwirtschafts- und Aussenministerium, mit welchen Mitarbeiter des DftZ Kontakt hatten, können durchwegs als sehr fähige und äusserst motivierte Fachleute bezeichnet werden. Sie sind alle noch sehr jung (der Landwirtschaftsminister z.B. ist knapp dreissig) und haben dementsprechend mehr Erfahrung in ihrem Fachgebiet als in der Leitung von Ministerien oder Direktionen. Der seit dem 5. Juli 75 begonnene Aufbau eines neuen Staates lebt denn auch sehr stark vom guten Willen und dem grossen Ein-

satz der Verantwortlichen, wobei man das Gefühl gewinnt, dass sich die Bevölkerung noch nicht sehr stark engagiert hat und eher abwartend verhält.

B. Vorgehen der Regierung

Die Regierung - aus Mitgliedern der PAIGC (parti africain pour l'indépendance de la Guinée Bissau et des îles du Cap Vert) gebildet - scheint sich dieser Zurückhaltung bewusst zu sein. Sie will meiner Ansicht nach aus diesem Grunde die Bevölkerung nicht mit raschen Änderungen schockieren, sondern für eine Mitarbeit gewinnen und deshalb nur sehr zurückhaltend mit Neuerungen konfrontieren. Eine klare Anerkennung der Realitäten und der bestehenden Probleme zur Verwirklichung eines sozialistischen Programms prägen das Vorgehen, wobei in verschiedenen Bereichen der einzuschlagende Weg noch nicht festgelegt ist.

Diese realistische Einschätzung der Situation äussert sich in verschiedenen Massnahmen der Regierung; folgende Punkte scheinen mir besonders beachtenswert und charakteristisch:

- a) Durch den Abbruch der portugiesischen Unterstützung ist der Staat in kaum lösbare finanzielle Schwierigkeiten geraten (Staatshaushalt 1974: Einnahmen 7 Mio \$, Ausgaben 39 Mio \$; das Defizit wurde von Portugal getragen). Neben der Suche nach bilateraler oder multilateraler finanzieller Unterstützung sowie den Bestrebungen zur Förderung der Eigenversorgung und zur Verminderung der Importe wurden auf den 1.1.76 die Saläre der Beamten gekürzt, und zwar progressiv bis zu maximal 30 % ! Die höchsten Einkommen betragen ab 1.1.76 ca. 13'000 Escudos/Monat (ca. SFr. 1'000.-), ein mittlerer Funktionär erhält um die 4000 Escudos/Monat (ca. 300 SFr.), ein Arbeiter ca. 45 E/Tag.

Zum Vergleich dazu einige Preise:

Miete für eine gut unterhaltene

2-3 Zimmerwohnung: 10'000 Escudos/Monat

1 kg Reis 30 E, 1 kg Zucker 30 E, 1 kg Mais 3 E,

1 kg Bananen 3 E, 1 kleine Kokosnuss 5 E.

Die Preise auf dem Markt sind festgelegt; auch für Waren in den Läden gelten Festpreise, was der Regierung eine gewisse Kontrolle der Preisentwicklung gestattet.

- b) Der Reorganisation der Landwirtschaft mit dem Ziel, die Eigenversorgung des Landes zu erreichen und möglichst viele Arbeitskräfte zu beschäftigen, stellen sich, neben den technischen und naturgegebenen Schwierigkeiten, vor allem 3 grosse sozioökonomische Probleme, nämlich:

- der private Bodenbesitz
- die Einzelhofsiedlung in den ländlichen Gebieten, und z.T. dadurch bedingt
- die fehlenden Organisationsstrukturen der ländlichen Bevölkerung.

Obwohl schliesslich die Erreichung der Eigenversorgung über eine von der Bevölkerung getragene, gemeinsame Bearbeitung des gemeinsamen Bodens realisiert werden soll, will die Regierung nur sehr langsam und Schritt für Schritt aufgebaut auf Versuchen und Pilotprojekten vorgehen, wobei die Bevölkerung soweit sensibilisiert werden soll, dass sie die jeweiligen Schritte bewusst nachvollziehen kann. Hochfliegende Erwartungen, durch einrevolutionäres Umkrempeln alle Probleme zu lösen, werden mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass ein System, das nun an die 500 Jahre gehandhabt wurde, nicht einfach über Bord geworfen werden kann. Mit finanziellen Anreizen zur Bildung von Einkaufs- und Vermarktungskooperativen werden nun Versuche zur Strukturierung der ländlichen Bevölkerung unternommen, wobei damit auch eine bisher nicht bestehende Entscheidungsfunktion für bestimmte Aspekte an die ländliche Bevölkerung übertragen wird.

- c) Obwohl nicht den langfristigen Zielen der Regierung entsprechend, wird diese Reorganisation der Landwirtschaft und Strukturierung der ländlichen Bevölkerung von "oben", d.h. von den entsprechenden Ministerien angeregt und in Gang gesetzt. Dabei herrscht jedoch die Ansicht vor, dass die Mitarbeit der Basis ziemlich rasch erreicht werden kann. Die jetztige Zurückhaltung der Bevölkerung wird auf die mangelnde Ausbildung, auf die kampflose Entkolonialisierung - die im Gegensatz zu Guinea-Bissau zu keiner Sensibilisierung und nationalistischer Motivierung der Bevölkerung für den Aufbau eines neuen Staates zwang - zurückgeführt. Zu berücksichtigen sind aber auch noch folgende Tatsachen:
- Die heutige Führungsschicht der Kapverden hat viele Jahre im Ausland verbracht (Studium, Kampf gegen Portugal in Guinea-Bissau oder in anderen Staaten). Sie muss den Kontakt mit einer Bevölkerung wieder suchen, die diese Führungsschicht als etwas fremd empfindet.
 - Die höheren Posten in der Regierung werden grösstenteils von "helleren" Kapverdern besetzt, während die Landbevölkerung eher dunkler ist. Auch in dieser sozialen Schichtung mag ein Grund für die abwartende Haltung der Bevölkerung liegen.
- d) Die wenigen ausländischen Besitzungen auf den Kapverden (einige Plantagen, einige Privathäuser), wurden von der Regierung unter teilweiser Entschädigung der Eigentümer verstaatlicht. Auch hier wurde auf eine radikale Lösung verzichtet. Die vom Staat übernommenen Plantagen (4 auf der Hauptinsel San Tiago) arbeiten heute teilweise auf kooperativer Basis, unter Leitung eines Technikers des Landwirtschaftsministeriums.
- e) Auch im aussenpolitischen Bereich betreiben die Kapverden eine realistische und nicht ideologisch geprägte Politik. So streben

sie diplomatische Beziehungen zu allen Staaten an, ohne im Moment einem Land spezielle Rechte in Bezug auf die Ausnützung der strategisch wichtigen Situation der Kapverden zu gewähren. Im Gegensatz zu Guinea-Bissau konnten auch keine Hinweise auf eine indirekte militärische Unterstützung (Zwischenstation nach Angola zB) festgestellt werden.

Der Flughafen auf der Insel Sal steht den "South African Airways" (und auch anderen Fluggesellschaften) - aus Devisengründen - weiterhin als Zwischenstation für Flüge nach Europa und Nordamerika offen.

Mit Portugal pflegen die Kapverden ausgezeichnete Beziehungen: die politischen, sprachlichen, finanziellen (Escudozone) und personellen Zusammenhänge sollen weiter gepflegt werden, wobei sich die Afrikaner der Kapverden (und Guinea-Bissaus) nicht etwa von Portugal wirtschaftlich abhängig fühlen, sondern sich als gleichberechtigte Partner und auslösendes Element der politischen Umwälzungen in Portugal begreifen.

Zu erwähnen bleibt noch, dass die öffentlich propagierte Idee eines Zusammenschlusses der Kapverden und Guinea-Bissaus ebenfalls realistisch beurteilt wird. Die Frage wird von den Kapverden immer noch geprüft, wobei ein Plan zu einer Volksbefragung besteht. Privat wurde mir mitgeteilt, dass ein Zusammenschluss wohl eher auf der Basis einer Konföderation zweier unabhängiger Staaten als in der Verschmelzung beider Staatswesen wahrscheinlich sei. Meiner Meinung nach sind die Unterschiede der geographischen Lage, der wirtschaftlichen Situation, der Mentalität und Einstellung von Regierung und Bevölkerung zu gross, als dass das heute einigende Band der Partei auf die Dauer zu einer Zusammenführung beider Staaten führen wird.

In Bezug auf diplomatische Beziehungen mit der Schweiz wurde der schon von der kapverdischen Delegation im September 1975 in Bern ausgesprochene Wunsch nach Aufnahme von Beziehungen erneuert. Im Hinblick auf eine mögliche Ausdehnung der technischen Zusammen-

arbeit mit den Kapverden scheint mir ein Eingehen auf diese Anfrage wünschenswert (vgl. auch Notiz an die politische Direktion vom 10.2.75).

2. Kulturelle und sozioökonomische Hinweise

Die bereits erwähnte starke kulturelle Beeinflussung der Bevölkerung der Kapverden durch Portugal äussert sich nicht nur in der Sprache (Portugiesisch als "Schriftsprache", portugiesisches Kreolisch als Umgangssprache) und in einer südeuropäischen Kleidung, sondern auch in der Musik, die seit der Unabhängigkeit eine starke Entfaltung erfahren hat: "Südamerikanische" Rythmen und "Fado"-ähnliche Lieder erklingen überall. Gedichte über die Kapverden, sowohl vom "kleinen Mann" als auch vom Premierminister verfasst, werden verbreitet und rezitiert. Am eindrücklichsten ist aber wohl die Prägung der Mentalität der Bevölkerung durch Portugal, die - vielleicht durch die Worte "Leben und leben lassen" charakterisierbar - zu einer Vermischung der Rassen, einem friedlichen Nebeneinanderleben verschiedener christlicher Glaubensrichtungen sowie den heutigen, von keinerlei Hass geprägten Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht beigetragen hat. Diese Beeinflussung mag, neben der strategisch schwierigen Situation, auch mit ein Grund sein, dass die Kapverden selbst nie einen Befreiungskampf gegen Portugal führten.

Was die Entwicklungsprobleme betrifft, sind die Kapverden hingegen mit anderen afrikanischen - vor allem sahelischen - Staaten vergleichbar. 75 % der Bevölkerung arbeitet im primären Sektor, die Infrastruktur fehlt fast vollständig, die Verbindungen sind schlecht, die medizinische Versorgung ungenügend, die Einschulung der Kinder unbefriedigend, die Arbeitslosigkeit trifft rund 50 % der aktiven Bevölkerung. Das grösste Problem ist die anhaltende Wasserknappheit.

Seit 1774 hat das Land während ca. 60 Jahren unter starken Trockenheitsperioden gelitten, die insgesamt rund 400'000 Todesopfer forderten. Allein in der Dürreperiode 1945/48 sind rund 35 % der Bevölkerung verhungert.

Die mageren Niederschläge - in Praia im Durchschnitt 255 mm, wobei 91 % der Niederschläge in der Periode August-Oktober fallen - gestatten nur eine sehr bescheidene landwirtschaftliche Produktion: Dry farming mit Mais und Bohnen, sehr extensive Viehzucht. Einzig in den Talböden konnten durch Irrigation einige punktuelle Oasenkulturen eingerichtet werden. Diese gestatten eine sehr intensive Bebauung, mit 3-4 Ernten im Jahr auf einem sehr mineralreichen Vulkanboden. Diese wenigen Oasen produzieren meist Bananen und Südfrüchte für den Export; die Gemüsekultur ist wenig entwickelt, die Ernährung der Bevölkerung dementsprechend sehr einseitig und nur in Küstennähe durch Fisch aufge bessert.

Die Produktionsphase für die meisten Bauern dauert vom August bis Dezember; in den ersten 9 Monaten des Jahres ist ohne Wasser kaum ein Anbau möglich. Zur Eigenversorgung mit Mais ist deshalb eine grosse Anbaufläche nötig, was zur bereits erwähnten Einzelhofsiedlung führte. Bebauung von Hängen bis zu 45° sind keine Seltenheit; entsprechende Erosion bei den kurzen, aber meist heftigen Güssen ist jedoch die Folge dieser Bebauung. Ein Ausfallen der Regen bewirkt eine Verkürzung der Vegetationszeit und ein ungenügendes Wachstum des Mais; Hungersnöte, wie oben erwähnt, sind die Folge. Die Situation wird noch durch das fast gänzliche Fehlen von Bäumen und eine Austrocknung durch den ständig blasenden Wind erschwert. (Knapp 2 % der Fläche der Inseln werden durch Bäume und Büsche bedeckt).

Trotz diesen äusserst schwierigen Bedingungen, und trotzdem eigentlich noch "alles" zu tun bleibt, haben sich die Verantwortlichen mit einem bewundernswerten Mut und Optimismus in die Arbeit gestürzt. Was sie vor allem brauchen ist Geld (für Material und die Bezahlung von Arbeitskräften und Kader) und Zeit. Gerade dieser zweite Faktor ist bedeutungsvoll, da die Situation innert kürzester Zeit verbessert werden muss, damit der Staat überhaupt leben kann und nicht auf Unterstützung greifen muss, die seine erst erworbene Unabhängigkeit wieder in Frage stellen.

3. Wichtigste Entwicklungsmöglichkeiten

a) Landwirtschaft

Wie bereits erwähnt, liegt die Priorität für die Entwicklung der Kapverden bei der Förderung der Landwirtschaft. Neben den bereits erläuterten sozialen Faktoren (Einzelhofsiedlung, privater Bodenbesitz, fehlende Gemeinschaftsstrukturen) erschweren auch naturgegebene Faktoren die landwirtschaftliche Entwicklung, nämlich:

- Wasser: Die wenigen, aber starken Niederschläge fließen im stark coupierten Gelände unter bedeutender Erosion sofort ins Meer ab. Einzig in Talböden gestatten Brunnen eine ganzjährige Bewässerung kleinerer Parzellen (von den 9000 bebaubaren ha sind nur 900 bewässert). Allerdings ist in den letzten Jahren durch die Trockenheit der Grundwasserspiegel stark gefallen; ein Nachstossen von Meerwasser und eine Verbrackung des Grundwasserspiegels ist an verschiedenen Stellen schon im Gang. Einer Entwicklung der Landwirtschaft wird also zwangsläufig eine Sicherstellung der Wasserversorgung vorangehen müssen.
- Boden: Die Kapverdischen Inseln bestehen zum grossen Teil aus basaltischen Decken. Das feine Material wird durch die Niederschläge aus den Hängen ausgewaschen, so dass vielerorts nur noch Steine und Felsen anstehen. Einzig in den Talgründen erfolgte eine gewisse Sedimentation von feinem Material, die für die Produktion ausgenutzt werden kann, wobei aber oft die "Crues" diesen vulkanischen Humus wegerodieren. Die Bildung von bebaubarem Boden ist ebenfalls Voraussetzung für eine Entwicklung der Landwirtschaft.

Aus diesen beiden Problembereichen erwachsen also folgende Aufgaben:

- Bodenbildung
- Wassergewinnung (Vergrösserung Versickerung)

- Erosionsschutz
- Entsalzung
- Irrigation

Diese Voraussetzungen zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion sollen mit ausländischer Unterstützung geschaffen werden. Eine Equipe des PNUD erarbeitet im Augenblick eine Gesamtplanung der Inseln, wobei auf Grund der lokalen landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten die nötigen Wassermengen, Böden usw. berechnet werden. Die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet soll diesem Plan entsprechend eingesetzt werden, wobei nach Möglichkeit die einzelnen Hilfsorganisationen in einem lokal beschränkten Raum konzentriert arbeiten sollen (Niederlande z.B., Insel S. Antao, USA, Sao Vicente, Schweiz Boavista und Sao Vicente usw.).

Die wichtigsten Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation sind folgende:

- 1) Bau von Tunnels gegen den Kern der Inseln zur Anzapfung des sich von innen gegen das Meer zu stark abflachenden Grundwasserspiegels. Insgesamt sind 10 Tunnels vorgesehen, z.T. bis 3,5 km lang, die zusammen mit neuen Brunnen das notwendige Wasser liefern sollen; je nach Grundwasserhöhe kann dabei mit Schnittungen von 50-200 l/sec. gerechnet werden.
- 2) Bau von Brunnen: Einerseits mehrere hundert Meter tief zur Erreichung der tieferen Grundwasserschichten, andererseits bis max. 50 m zur Auswertung des Grundwassers in den Sedimenten der Täler; dient zur Bewässerung kleiner Parzellen.
- 3) Bau von Dämmen zur:
 - Stauung von Wasser zur Irrigation und zur Vergrößerung der Versickerung
 - Bremsender Fliessgeschwindigkeit und dadurch Verringerung der Erosion sowie Vergrößerung der Sedimentation und Bodenbildung

- Verwendung des Süsswassers zur Auswaschung versalzter Gebiete.

Das PNUD will ab 1976 zusammen mit der US-AID in einem Tal auf der Insel Sao Vicente alle erwähnten Verbesserungen praktisch durchführen und die landwirtschaftlichen Möglichkeiten aufzeigen. Die Investitionen sind gross (sowohl Wasser wie Boden müssen ja beschafft werden), aber mit intensiver Bebauung und 3 - 4 Ernten pro Jahr, wobei die Produkte erst noch der Nachfrage angepasst werden können, sollten sich diese Investitionen lohnen. Was die Produkte betrifft, kann fast alles angebaut werden (Getreide, Agrumen, Gemüse, Südfrüchte, trop. Früchte usw.).

Bei den "sozialen" Problemen steht die Bildung von Kooperativen (Vermarktung, Ankauf von Material) im Vordergrund; entsprechende Pläne werden vom Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet; sie sollen zusammen mit den Projekten realisiert werden (Abnahme- und Preisgarantie für Kooperativen usw.).

b) Industrielle Möglichkeiten

Durch das fehlen von Bodenschätzen sind die Aktionen in diesem Bereich sehr beschränkt. 2 Gebiete stehen im Vordergrund:

- 1) Fischfang: Die Fanggründe wurden bis vor kurzem von den Japanern befischt, die eigene Fischerei ist kaum organisiert und wird grösstenteils nur in Küstennähe betrieben. Eine Ausdehnung und Modernisierung der Fischerei und der Verarbeitung auf den Inseln soll möglichst bald realisiert werden.
- 2) Zementherstellung: Auf der Insel Maio sind in grossen Mengen Korallenkalke vorhanden, die sich ausgezeichnet zur Zementherstellung eignen. Die Erstellung einer Fabrik ist vorgesehen.

4. Technische Zusammenarbeit mit der Schweiz

Die Gründe, die den DftZ bewogen, mit den Kapverden Entwicklungsprojekte zu realisieren, sind in einer Notiz an das Programmkomitee vom 30.9.75 zusammengestellt.

Die in Bern bei der Besprechung der vorgesehenen Projekte aufgeworfene Frage, ob bei der Regierung die zu einer erfolgreichen Durchführung von Aktionen notwendigen Voraussetzungen vorhanden seien, kann wie folgt beantwortet werden:

- Die Fachministerien sind noch im Aufbau, die üblichen Unterlagen (Statistiken, Erfahrungswerte usw.) sind nicht erhältlich. In dieser Beziehung besteht ein Mangel, die Ministerien funktionieren aber.
- Massgebend für die Ausarbeitung von Projekten auf den Kapverden sind die Bedürfnisse der Bevölkerung: ihre Mitarbeit ist Grundlage aller besprochenen Projekte; sie wird von der Regierung gefördert.
- Die verantwortlichen höheren Kader beteiligen sich an der Ausarbeitung der Projekte; ihr Optimismus angesichts der grossen Probleme ist ansteckend; die Fachkenntnisse sind vorhanden.
- Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass ich den Eindruck gewann, dass auf absolut ehrlicher Basis gearbeitet wird und die Eigeninteressen nicht massgebend sind. Von Seiten der PNUD-Experten wurde mir bestätigt, dass die Korruption auf den Kapverden sozusagen unbekannt sei.

Es scheint mir deshalb, dass die institutionellen, personellen und "ideologischen" Voraussetzungen für die Realisierung von Entwicklungsprojekten als sehr positiv zu beurteilen sind und dass eine Stellung von schweizerischen Experten - mit Ausnahme von Kurzmissionen - nicht notwendig ist. Das Interesse und Engagement der Behörden sowie die Uebernahme der Verantwortung der Projektdurchführung durch Behörden (und später sicher auch durch die Bevölkerung) sind der beste Garant für eine den Bedürfnissen angepasste Entwicklung.

Was die technischen Aspekte betrifft, sei auf die Punkte 4 a) und b) verwiesen.

a) Projekt: Bau von Dämmen und Gabions

(vgl. Dossier t.311 Kapverden 1)

Während meines Aufenthalts hatte ich Gelegenheit, 3 der 5 vorgesehenen Plätze anzuschauen, wo der Bau von einfachen Wehren und Dämmen mit Gabions vorgesehen ist.

Auf Grund der sichtbaren Verhältnisse scheinen mir die vorgesehenen Pläne den Verhältnissen angepasst und den vorgesehenen Zielsetzungen (Erosionsschutz, Wasserrückbehalt, Alimentierung Grundwasser, Bodenbildung) entsprechend.

Die geologischen Verhältnisse, die notwendigen topographischen Messungen und die statischen Berechnungen konnten nicht überprüft werden; sie werden von Fachleuten an Ort und Stelle durchgeführt und vom PNUD im Rahmen der Gesamtplanung überwacht. Die Zustellung der Pläne und Berechnungen für die ersten Bauten wurde mir zugesagt.

Mit der Planung und Leitung des Baus dieser Dämme ist ein dem Landwirtschaftsministerium zugeteilter FAO-Experte beauftragt. Es handelt sich dabei um einen ehemaligen portugiesischen Beamten, den die Kapverdische Regierung nach Erlangung der Unabhängigkeit in ihr Land zurückgeholt hat.

Dieser Ingenieur hat bereits in Südamerika und auf Timor mit Gabions gearbeitet und Erfahrungen gesammelt, wobei er aber die neuesten Entwicklungen auf diesem Gebiet nicht sehr gut kennt.

Was den Besuch unseres Experten (Herr Niederhauser) betrifft, haben wir vereinbart, dass ein Gedankenaustausch zirka im April 1976 angezeigt wäre. Ein erster Damm (Insel Boavista) sollte in diesem Moment in Konstruktion sein. Der Besuch würde dazu dienen, die kapverdischen Erfahrungen und Probleme kennenzulernen, für eventuell auftretende Fragen Lösungen zu finden sowie die Plätze, wo Bauten vorgesehen sind, zu besuchen. Eine gewisse Kontrolle einer bereits in Ausführung begriffenen Arbeit und der Pläne für die anderen Bauten ist damit möglich.

Auf Grund dieser Tatsachen schien mir der vorgesehenen Durchführung des Projekts nichts im Wege zu stehen, und ich habe daher mit den kapverdischen Behörden den entsprechenden Vertrag bereinigt.

b) Culture maraichère

Im Zusammenhang mit dem Bau von Dämmen mit Gabions haben uns die Kapverden vorgeschlagen, eine Anschlussaktion zu finanzieren, um ein integriertes Projekt zu realisieren. Die Grundidee ist dabei, die erwähnten technischen (Wassergewinnung, Bodengewinnung, Erosionsschutz) und sozialen Probleme (fehlende kooperative Strukturen, Einzelhofsiedlung, privater Bodenbesitz) zu überwinden, die Nahrungsmittelproduktion zu vergrössern und zu differenzieren sowie die Märkte in den Städten und Schiffe, die auf den Kapverden eine Zwischenstation einschalten, zu beliefern. Da die Investitionen zur Vergrösserung der Produktion bedeutend sind, ist eine intensive Bebauung der neu gewonnenen und irrigierten Flächen nötig. Neben einer normalen Kultur (Mais, Bohnen) werden, je nach vorhandenem Wasser, 1-3 Gemüsekulturen vorgesehen (Tomaten, Kartoffeln, Zwiebeln, Paprika, Kohl, Maniok usw.).

Die Technik zur Eindämmung und Bewässerung der punktuellen Anbaugebiete in den Tälchen beruht auf alten, bereits angewendeten Systemen, nämlich kleinen Dämmen, die jedes Jahr neu aufgebaut werden mussten; das System wird von der Bevölkerung "Luta" (Kampf) genannt. Mit Hilfe von Gabions können diese Dämme verstärkt werden und permanent für Wasser- und Bodengewinnung sowie zum Erosionsschutz dienen.

Da bisher aber - ausser diesem technischen Aspekt - alle Erfahrungen fehlen, wie ein solches Gemüsebauprojekt funktionieren könnte und mit welchen Zahlen gerechnet werden muss, soll die Aktion mit einem Pilotprojekt auf 5 ha starten. Innerhalb eines Jahres wird dieses Pilotprojekt gestatten, Daten zu sammeln (Wasserrückbehalt,

Sedimentation usw.), die Produktionsmöglichkeiten zu chiffrieren, die Reaktion und Mitarbeit der Bauern zu beurteilen sowie eine Grundlage zur Schaffung von kooperativen Strukturen zu legen.

Gegen Frühjahr 1977 wird diese Pilotphase zu beurteilen sein im Hinblick auf eine Ausdehnung des Projekts und allenfalls nötiger Anpassungen. Ein Entscheid des DftZ, im Zusammenhng mit den Dammbauten ein grösseres Gemüsekulturprojekt zu finanzieren, wird dann auf Grund von Erfahrungen und teilweise chiffrierbaren Resultaten gefällt werden können. (Vgl. dazu auch Kreditantrag zu t.311 Kapverden 2).

c) Evtl. neue Projektvorschläge

Der Direktor der "Coopération internationale" wird im Verlaufe des Monats Februar eine Europareise unternehmen und nach Möglichkeit ebenfalls beim DftZ vorsprechen. Er möchte dabei einige neue Projektvorschläge vorlegen, die voraussichtlich folgende Bereiche betreffen:

- Finanzierung von Arbeiten für die Durchführung staatlicher Aufgaben (als Ersatz für das ausgefallene "Appoio").
- Unterstützung für den Aufbau des Schulwesens und dessen Umgestaltung und Anpassung an die Bedürfnisse der Kapverden.
- Mithilfe bei der "Ruralisierung" der medizinischen Versorgung.
- Viehzucht im Zusammenhang mit der Futterbauvermehrung dank der Wassergewinnung mit Dämmen.

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit mit den Kapverden wäre die Festlegung eines Rahmenbetrags für einen bestimmten Zeitraum (2 - 3 Jahre) empfehlenswert, da dies die Planung der Coopération internationale wesentlich vereinfachen würde. Zu überlegen ist bei einem allfälligen Ausbau unserer Unterstützung ebenfalls der Abschluss eines Rahmenvertrags nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.

II. Guinea-Bissau

Unabhängigkeit proklamiert :	24. September 1973
Souveränität erlangt :	10. September 1974
Bevölkerung ca.:	600'000
BSP per capita :	1972 = 275 \$ (inkl. portugiesische Ueberweisungen an Beamte)

Der kurze Besuch in Bissau diente der Kontaktaufnahme mit der "Division de la Coopération internationale" (die selbst nicht operationell tätig ist). Dabei ergab sich die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die Entwicklungs-Prioritäten und die von Guinea-Bissau angestrebten Entwicklungsziele. Die Vertreter Guinea-Bissaus betonten mir gegenüber ihr Interesse an einer Entwicklungshilfe durch die Schweiz, die über das Rote Kreuz ja bereits humanitäre Hilfe zugunsten Bissaus geleistet hat. Dieses Interesse hat Guinea-Bissau Ende 1975 schriftlich bestätigt und etwas präzisiert.

Die Prioritäten der Entwicklung Guinea-Bissaus liegen in der Förderung der Landwirtschaft, in welcher rund 70 % der Bevölkerung beschäftigt ist. War das Land vor Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges ein wichtiger Reixexporteur, genügt heute trotz grossen Anstrengungen die Produktion kaum für den Eigenbedarf. Allerdings war die Zeit seit dem Ende der Kämpfe zu kurz, um die Schäden und Verwüstungen zu beheben; in Gesprächen wird von Ausländern immer wieder auf diese durch Napalm und Chemikalien entstandenen Schäden hingewiesen.

Die Bauern werden - wie schon während der Kriegszeit in den befreiten Gebieten - von der Partei, resp. der Regierung ausgebildet. Die vorhandenen Kader genügen jedoch nicht, so dass der Versuch unternommen wird, Schüler für diese Lehrtätigkeit auszubilden.

Ein detailliertes Programm für die Entwicklung des Landes besteht noch nicht, in verschiedenen Bereichen ist das Vorgehen noch zu definieren; in einzelnen Bereichen sind jedoch bereits Projekte angelaufen (Schulung Medizin, Landwirtschaft). Die Unterstützung erfolgt vor allem von Seiten der Ostblockstaaten und Kubas (Aerzte), während Schweden und die BRD finanzielle Hilfe gewähren. Das PNUD arbeitet an einem Landesprogramm, das im Frühjahr 1976 publiziert werden soll.

Von den Geberländern wünscht Guinea-Bissau nach Möglichkeit die Angabe eines Rahmenbetrags für einen bestimmten Zeitraum sowie allfälliger Konditionen. Ebenso werden Hinweise auf die Bereiche erwünscht, in welchen das Geberland über besondere Erfahrungen und Kapazitäten verfügt.

Ein besonderes Problem für Guinea-Bissau bilden die Flüchtlinge, die seit Beendigung des Unabhängigkeitskampfes von Senegal und Guinea-Conakry wieder in ihr Land zurückkehren (bisher rund 25'000; weitere 10'000 werden erwartet). Vertreter des UNHCR bemühen sich um humanitäre Hilfe auf Platz. Eine Anfrage um Stellung eines Spezialisten zur Ueberwachung von Bauten zur Unterbringung dieser Rückkehrer wurde an den Delegierten für Katastrophenhilfe weitergeleitet.

Die Eindrücke, die man von Guinea-Bissau gewinnt, sind teilweise mit denen der Kapverden vergleichbar: Die Infrastruktur fehlt grösstenteils, die Versorgungslage des Landes ist schlecht, Schulung und medizinische Versorgung ungenügend, die Flüchtlinge erschweren die Situation, kurz: in allen Bereichen ist ein Neubeginn notwendig, alles ist auf einmal zu tun, wobei die finanziellen Mittel kaum zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verwaltung genügen.

Im Unterschied zu den Kapverden jedoch hat die PAIGC, resp. die Regierung Guinea-Bissaus eine bessere Startbasis: Die Jahre des Kampfes, in engster Verbindung mit der Bevölkerung erlebt, ge-

statteten eine Sensibilisierung und politische Motivierung der Bauern in den befreiten Gebieten, die Schaffung gewisser Strukturen und vor allem die Gewinnung von Erfahrungen in der Administration und Leitung ländlicher Regionen. Die ziemlich plötzlich erlangte Unabhängigkeit zwang dann jedoch die PAIGC, die Verwaltung des ganzen Landes zu übernehmen, ohne voll darauf vorbereitet zu sein.

Das meiner Ansicht nach grösste Problem besteht im Mangel an Kaderleuten; im Gegensatz zu den Kapverden scheint der Unterschied zwischen der fähigen Spitze und dem unteren Kader wesentlich grösser zu sein, wobei das mittlere Kader fast inexistent ist. Dies hat zur Folge, dass sich die höheren Funktionäre mit allen Problemen selbst beschäftigen müssen und die - auf den Kapverden angenehm aufgefallene - Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf mittlere Kader nicht möglich ist.

Im Vergleich zu den Kapverden ist auch eine weitergehende Kontrolle feststellbar: Devisenkontrolle, Geldumtausch nur in Bissau möglich ohne Rückgaberecht, Verlassen der Stadt Bissau nur mit spezieller Bewilligung. Ebenso ist das Engagement für den Kampf gegen "Imperialismus und Kolonialismus" wesentlich ausgeprägter (einseitige Nachrichten, russische Militärhilfe, Landeplatz für kubanische Maschinen usw.).

Als sehr positiv scheint mir auch in Guinea-Bissau der Optimismus und Mut der Verantwortlichen zu vermerken, die sozusagen aus dem Nichts einen neuen Staat aufbauen. Die Hauptbestrebungen liegen dabei im Aufbau einer Struktur und Durchführung von Aktionen, die den Bedürfnissen der Basisbevölkerung entsprechen und ihr zugutekommen sollen. Diese Leitlinie, die ehrliche und verantwortungsbewusste Arbeit der Verantwortlichen und die Bedürfnisse des Landes rechtfertigen meiner Meinung nach eine Unterstützung von Seiten der Schweiz.

III. WARDA (West African Rice Development Association)

Die Teilnahme am 4. "Comité Consultatif" der WARDA am 8. und 9. Dezember 1975 in Dakar diente der persönlichen Kontaktnahme mit dieser Institution im Hinblick auf die Durchführung von 2 Projekten (Zurverfügungstellung eines Finanzexperten, Finanzierung von Ausbildungskursen) ab Januar 1976. Wie vorgesehen konnten die diese Projekte betreffenden Verträge mit dem Exekutivsekretär der WARDA bereinigt werden; der Unterzeichnung durch unseren Geschäftsträger in Monrovia (Sitz der WARDA) sowie der Realisierung der beiden Projekte steht somit nichts mehr im Wege.

Das "Comité Consultatif", dem 6 Mitgliedstaaten der WARDA angehören und zu dessen Sitzung die Geberländer als Beobachter eingeladen sind, bespricht die jährlichen Sitzungen des Verwaltungsrates vor (die Traktandenliste beider Sitzungen ist dieselbe).

Zur 2-tägigen Sitzung des Konsultativkomitees ergeben sich folgende Bemerkungen:

- 1) Die statutarischen Rapporte (Jahresbericht, Orientierung über die Forschungsarbeiten, Finanzen, Programm und Budget für 1976) warfen, abgesehen von einigen Detailpunkten, die sehr lange diskutiert wurden, keine besonderen Probleme auf. Die Rapporte waren alle vollständig und sehr detailliert; sie wurden schon vor der Sitzung schriftlich abgegeben.
- 2) Als negativer Punkt wurde festgehalten, dass bis Ende Oktober nur rund 50 % der Mitgliederbeiträge eingegangen waren. Die Staaten wurden gebeten, ihren Verpflichtungen möglichst bald nachzukommen.

Auf der anderen Seite kann jedoch die WARDA auf eine starke Unterstützung von aussen zählen: 7 nationale und internationale Organisationen haben 1975 Verträge mit Gesamtbeiträgen von über 2,5 Mio \$ mit der WARDA abgeschlossen.

An die Geberorganisationen richtete die WARDA den Wunsch nach Bekanntgabe eines längerfristigeren Rahmenbeitrags, um die Finanzierung der verschiedenen Arbeitsbereiche auf sichererer Basis planen zu können.

- 3) Die Sitzung wurde vom Exekutivsekretär (J. Diouf, Senegalese) dominiert; alle seine Rapporte und Anträge wurden ohne grundsätzliche Änderungen angenommen.

Von Seiten der ausländischen Experten der WARDA wurde mir bestätigt, dass die Organisation unter der Leitung des jetzigen Exekutivsekretärs überraschend gut und zielstrebig arbeitet; es besteht die Hoffnung, dass die jetzige Leitung noch möglichst lange beibehalten werden kann.

- 4) Das einzige grundsätzliche Problem, das an der Sitzung aufgeworfen wurde (bezeichnenderweise von Seiten des Generalsekretärs), betrifft die Ausdehnung der Arbeit der WARDA. Bisher blieb sowohl die Forschungs- als auch die Beratertätigkeit auf die regionale, interstaatliche Ebene beschränkt, d.h. die WARDA hatte nicht direkten Einfluss auf die nationalen Programme zur Reisentwicklung. In Anbetracht der Zielsetzung der WARDA - Unabhängigkeit Westafrikas von Reimporten, Verbesserung der Reiserzeugung und -versorgung Westafrikas - und in Anbetracht der seit 1971 gewonnenen technischen und organisatorischen Erfahrungen möchte die WARDA nun ihre Aktivitäten auf die nationalen Programme ausdehnen. Es soll dabei insbesondere versucht werden, eine Koordination der nationalen Reisentwicklungsprogramme und eine Anpassung dieser Programme an Erfahrungen im Bereich der Forschung, der Ausbildung und der Bereitstellung von Saatgut zu erreichen.

Ansätze zu dieser Programmerweiterung sind vorhanden, vor allem bei der gemeinsamen Ausbildung der für den Reisbau Verantwortlichen Kader der Mitgliedländer der WARDA. 1976 soll zusätzlich ein spezieller Fonds für diese Aktivitäten zugunsten der natio-

nen Programme geschaffen werden.

Die Teilnehmer der an der Sitzung vertretenen Staaten diskutierten dieses Thema nicht. Einzig von Seiten der Elfenbeinküste wurden gewisse Vorbehalte gemacht, was den Exekutivsekretär zur Erklärung veranlasste, er werde diese Frage anlässlich seiner Besuche in den einzelnen Mitgliedsländern mit den Regierungen näher besprechen, "afin de parvenir à une unanimité sur cette question".

Dieser Punkt scheint mir für die Weiterarbeit der WARDA von essentieller Bedeutung, geht es doch darum, bis zum einzelnen Reisbauern - über lokale Strukturen - die Forschungs- und Erfahrungsergebnisse der WARDA zu übermitteln, um bessere Resultate zu erzielen. Diese Uebermittlung der Forschungs- und Erfahrungsergebnisse ist denn auch das Hauptziel des vom DftZ unterstützten Ausbildungsprogramms der WARDA.

IV. Photogrammetriezentrum Ife

a) Allgemeiner Eindruck

Während des Besuchs in Ife mit Botschafter Andres hatten wir Gelegenheit, das Zentrum zu besuchen, teilweise an den Sitzungen des Verwaltungsrats des Zentrums teilzunehmen sowie mit den Lehrkräften und Studenten zu diskutieren.

Generell ist festzuhalten, dass das Photogrammetriezentrum einen guten Eindruck macht. Das Schulgebäude ist zweckmässig eingerichtet, wenn auch in Anbetracht der Anzahl Instrumente und Schüler platzmässig sehr begrenzt; die sonst an der Universität Ife feststellbare "Grandeur" in Bezug auf Gebäude und Umgebungsarbeiten trifft für das Photogrammetriezentrum nicht zu. Andererseits profitieren die Studenten und Lehrkräfte natürlich von der vorhandenen Infrastruktur der Universität (Schlafsäle, Kantine, Unterkünfte usw.).

Das Zentrum ist gut unterhalten und sauber, die von der Schweiz gelieferten Instrumente funktionieren alle und sind in einem sehr guten Zustand. Da die Unterrichtszeit 44 Stunden pro Woche beträgt, sind die Instrumente fast ständig belegt. Im Vergleich zu anderen Schulen (ITC Holland, SSPO St. Gallen) verfügt das Zentrum in Ife über eine geringere Zahl von Instrumenten pro Schüler.

Der Unterricht am Zentrum hat uns ebenfalls positiv beeindruckt. Das Niveau entspricht demjenigen des ITC und geht in bestimmten Bereichen (z.B. Theorie, Mathematik) sogar noch weiter. Die Lehrkräfte (1 Nigerianer, 1 Senegalese, 2 Holländer) sind sehr stark beansprucht (Unterricht und Praktikum, in Englisch und Französisch). Eine Vergrösserung der Zahl der Lehrkräfte für die ca. 25 - 30 Studenten wäre angezeigt (Kurs 75/76: 29 Studenten aus 11 afrikanischen Ländern). Für die Studenten selbst stellt

der Unterricht sehr hohe Anforderungen. Zwar haben sie an einem Eintrittsexamen zu beweisen, dass sie über die nötigen Grundlagen verfügen. Der 8-Studentag am Zentrum zwingt sie jedoch, nachts den Stoff zu verarbeiten und die Prüfungen (nach 3 Monaten sowie am Schluss des einjährigen Photogrammetriekurses) vorzubereiten. Der Operateur- oder Technikertitel ist nach Abschluss dieser Ausbildung sicher verdient.

Weniger befriedigend ist die organisatorische und administrative Leitung der Schule:

- Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen, ohne dass Lehrer und Studenten zu den Problemen Stellung beziehen können. Einzig der Direktor (und bis Ende 1975 der holländische Berater des Direktors ad personam) nimmt als Vertreter des Zentrums - ex officio - an den Beratungen teil; auch die Geberländer sind bisher nicht eingeladen worden, als Beobachter an den Sitzungen teilzunehmen. Dieses Vorgehen führt oft zu Entscheidungen, die den praktischen Bedürfnissen nicht angepasst sind.
- Das Zentrum wird heute von 4 Mitgliedsländern getragen, nämlich Nigeria, Ghana, Benin und Senegal. In der Praxis trägt jedoch Nigeria fast alle Kosten, während die anderen drei mit ihren Beiträgen im Rückstand sind; dementsprechend bestimmt auch Nigeria grösstenteils, wie das Zentrum laufen soll. Andere Staaten haben ihr Interesse am Zentrum ausgedrückt und Studenten zur Ausbildung nach Ife geschickt, sich jedoch - sicher aus finanziellen Gründen - nicht zu einem Beitritt zum Zentrum entschlossen.
- Innerhalb von 3 Jahren ist nun bereits 4 Mal ein neuer Direktor des Zentrums ernannt worden. Wenn bei diesen Weckseln auch verschiedene Gründe mitspielten, so fehlt doch der Schule eine Kontinuität in der Führung, was sich besonders auf die administrativen Fragen und die Beziehungen nach aussen, auf welche die Lehrkräfte keinen Einfluss haben, auswirkte.

Der jetzige Direktor, M. Okuwa, ist vom nigerianischen "Federal Surveys" zur Verfügung gestellt; wie lange er am Zentrum arbeiten wird, ist nicht bekannt. Er hat seinen Wohnsitz in Lagos beibehalten und ist deshalb nur 4 Tage pro Woche am Zentrum tätig.

Was die technischen Fragen betrifft, ist der in Kanada ausgebildete Direktor den Lehrkräften ebenbürtig; punkto Schulführung wird er sich aber kaum gegen die Meinung seines Chefs im Survey Departement, der zugleich die massgebende Persönlichkeit im Verwaltungsrat der Schule ist, stellen. Schwierigkeiten ergeben sich auch durch mangelnde Kontakte zwischen dem Direktor und den Studenten.

Diese Bemerkungen führen meiner Meinung nach zu folgenden Folgerungen:

- 1) Die Mitgliedländer sind nicht in der Lage, die volle Finanzierung des Zentrums (inkl. Lehrkräfte) sicherzustellen. Eine Weiterführung unserer Unterstützung scheint deshalb angezeigt.
- 2) Eine Stellung eines "Lecturers" von Seiten des DftZ (und durch Holland) ist nicht nur aus finanziellen Gründen sondern auch zur Aufrechterhaltung eines fachlich und organisatorisch guten Unterrichts solange notwendig, als das Zentrum nicht eine bessere Kontinuität in seiner Leitung erreichen kann.

In seiner Rede vor dem Verwaltungsrat hat Botschafter Andres auf die erwähnten Mängel und die Bereitschaft der Schweiz zur Fortsetzung ihrer Unterstützung hingewiesen und die bereits vorgeschlagene Lieferung von einigen Zusatzinstrumenten bestätigt.

b) Bemerkungen zu einzelnen Punkten

- Europäische Experten: Der holländische Berater hatte Ende 1975 das Zentrum verlassen. Ob Holland einen neuen Berater stellt, ist noch nicht abgeklärt. Die bisher fehlende Kontinuität in der Direktion des Zentrums und die ungenügende Information der Geberländer durch das Zentrum über die Arbeiten und die Beschlüsse des Verwaltungsrats konnten durch die Tätigkeit des Beraters ausgeglichen werden. In Anbetracht der fortschreitenden Konsolidierung des Zentrums und der erhofften Kontinuität in der Leitung ist jedoch die Stellung eines neuen Beraters, der sich erst wieder einarbeiten muss, nicht unbedingt notwendig.

Unser Experte J.V. van den Berg, der sich seit knapp einem Jahr in Ife befindet, hat sich gut angepasst. Seine Kontakte mit den Studenten und dem Lehrkörper sind ausgezeichnet, seine Arbeit wurde positiv beurteilt. Das Problem, ohne Familie im Campus zu leben, wird durch die vielen Kontakte mit europäischen Lehrkräften an der Universität teilweise aufgewogen. Allerdings ist festzustellen, dass die Arbeit im Campus von Ife nach europäischen Muster abläuft und somit keine Anpassung an afrikanische Verhältnisse erforderlich ist, was für unseren Experten sicher von Vorteil war. Er wird uns im Frühjahr 76 berichten, ob er seinen auf Ende Jahr auslaufenden Vertrag verlängern will. Meiner Meinung nach könnten wir einer Verlängerung ohne Zögern zustimmen.

- Stipendien: Mit dem von der Schweiz zur Verfügung gestellten Betrag von SFr. 36'000.- für das Schuljahr 75/76 war die Gewährung von 8 Stipendien vorgesehen; 6 sind bis Ende November zugesprochen worden (2 für Studenten aus Zaire, 2 für Obervolta, 2 für Lybien). Ein 7. Stipendium wurde nach Absprache mit dem Direktor für einen Studenten aus Sierra Leone vorgesehen.

Da die Studenten mit einem Schweizer Stipendium im Vergleich zu den Studenten mit einem holländischen Stipendium etwas weniger Taschengeld erhalten (administrativer Entscheid des Zentrums) und dadurch Schwierigkeiten entstanden und Vorwürfe an die Schweiz laut wurden, haben wir einerseits den Studenten erklärt, dass das Zentrum die Beträge festlegte und andererseits mit dem Direktor abgesprochen, dass das vorgesehene 8. Stipendium als Zuschuss auf die 7 gewährten Stipendien aufgeteilt ausbezahlt wird. Ab dem Schuljahr 76/77 werden unsere Stipendien vom Zentrum aus im Rahmen der gewährten Summe den holländischen Beträgen, resp. den Normen der ECA angeglichen.

Das Zentrum wünscht eine Bekanntgabe unserer für Stipendien gewährten Summe ca. 1/2 Jahr vor Beginn des Schuljahres, da die Stipendien über die ECA den einzelnen Ländern angeboten werden, was sehr lange Zeit in Anspruch nimmt; diesem Begehren soll nach Möglichkeit im nächsten Antrag Rechnung getragen werden.

- Ausbildung eines nigerianischen Instrumentenunterhaltfachmanns: Vor Beginn dieser Ausbildung ist mit Wild die Notwendigkeit und Dauer einer Schulung bei der Vertretung in Lagos sowie die Ergänzungsausbildung in der Schweiz abzuklären. Wir haben uns bereit erklärt, im Rahmen unseres vorgesehenen Stipendiums die evtl. Ausbildungskosten in Lagos zu übernehmen, da sie das Zentrum nicht tragen kann. Weiteres Vorgehen: Abklärungen mit Wild im Januar, Beginn Ausbildung ca. März '76.

c) Weitere Zusammenarbeit mit dem Zentrum

Die Gespräche mit den Studenten und der Zentrumsleitung ergaben, dass in den einzelnen Staaten eine grosse Nachfrage nach Photogrammetern besteht; darauf weist auch die starke Zunahme der Zahl der Studenten hin. Die Studenten können nach Abschluss ihrer Studien alle im Dienste der betreffenden staatlichen "Survey"-

Institute arbeiten. Sie äusserten sich ausnahmslos befriedigt über die Schulung, wobei betont wurde, dass die Anforderungen sehr hoch seien.

Die Notwendigkeit der Schaffung von Karten für die Entwicklung der Länder ist - nach Angabe der Ländervertreter im Verwaltungsrat des Zentrums - überall ausgeprägt. Das Bedürfnis nach Weiterführung der Kurse für Photogrammetrieeinsteiger und -techniker sowie nach einer Ausdehnung auf die Ausbildung von Photogrammetriingenieuren und Photointerpreten ist deshalb unbestritten (Detailangaben der Bedürfnisse an ausgebildetem Personal für die afrikanischen Länder vgl. Dossier t.311 Nigeria 14).

Da die Schweiz in diesem Fachgebiet über Erfahrungen verfügt und die bisherige Zusammenarbeit mit Ife generell als erfolgreich beurteilt werden kann, scheint mir neben der Weiterführung der bisherigen Unterstützung (ca. SFr. 120'000/Jahr) eine Ausdehnung unserer Hilfe bei der Einführung der Ingenieurausbildung und der Photointerpretation angezeigt. Dies würde die Lieferung von zusätzlichem Material (vor allem für die Auswertung der Luftbilder mittels Computer) sowie die Stellung eines (evtl. zwei) weiteren Experten zur Folge haben.

Voraussetzung für diese Ausdehnung ist jedoch der Bau von neuen Schulgebäuden durch Nigeria, da die bestehenden Räume schon überfüllt sind. Eine entsprechende Anfrage wurde gestellt, die Antwort wird gegen Frühjahr 76 erwartet. Ein Entscheid des DftZ zur Unterstützung der Ausdehnungsphase wird also frühestens gegen Ende 1976 zu treffen sein.

Zwei Folgerungen

Zum Schluss möchte ich noch zwei Bemerkungen wiederholen, die mir für unsere Weiterarbeit mit den in diesem Bericht erwähnten Ländern und Organisationen sehr wichtig erscheinen.

- 1) Um den Verantwortlichen eine bessere und längerfristige Planung zu ermöglichen, ist es äusserst wünschenswert, dass der DftZ für die einzelnen Empfänger gewisse "Rahmenbeträge" festsetzt, d.h. Fixierung eines Maximalbetrags für die Realisierung von Entwicklungsprojekten mit dem entsprechenden Land, resp. der Organisation in einem bestimmten Zeitraum. Im Rahmen dieses Maximalbetrags sind dann natürlich wie bisher die Projekte einzeln zu beurteilen. Dieser "Rahmenbetrag" liesse sich durch eine gewisse Umstellung des "Programme bleu" ohne grossen Aufwand fixieren.
- 2) Die Durchführung der vorgesehenen Projekte auf den Kapverden durch die dortige Regierung (dank schweizerischer Finanzierung) verlangt von uns eine gewisse Anpassung unserer Projektabwicklung. Auf Grund der Verfolgung der sich ändernden Verhältnisse auf Platz wird eine ständige und rasche Anpassung des Projekts durch die lokalen Träger möglich sein. Eine genaue Fixierung des Vorgehens zur Projektrealisierung - wie bisher in den Kreditanträgen aufgeführt - scheint deshalb sinnlos, eine grosse Flexibilität unsererseits hingegen notwendig.

Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir uns nicht festlegen müssen, wie das Projekt im Detail realisiert werden soll. Projekte, die von lokalen Institutionen durchgeführt werden, sollten deshalb unsererseits nur in Bezug auf die Zielsetzungen festgelegt werden, in der Art der Realisierung jedoch sehr flexibel sein.

A. Bisaz

REISEPROGRAMM UND ZUSAMMENKUNFTEN

- 2.12. Lagos Reise nach Lagos, Gespräch mit H.Ward, Ford Foundation
- 3.12. Lagos-Ife: mo: Behandlung der Fragen betreffend
 - Photogrammetriezentrum Ife
 - Entwicklungsprojekte im Tschad mit Botschafter Andres
- nachm: Reise nach Ife/Photogrammetriezentrum
- abend: Kontaktaufnahme und Gespräche mit den Experten des Zentrums (d'Audretch, de Lange, van den Berg)
- 4.12. Ife mo: Besuch Zentrum mit Botschafter Andres
- nachm: Gespräche mit Studenten und afrikanischen Lehrkräften
- 5.12. Ife mo: Gespräch mit dem Direktor des Zentrums, M. Okuwa
 Abschlussgespräche mit Experten des Zentrums
- nachm: Rückfahrt nach Lagos
- 6.12. Reise nach Dakar
- abend: Gespräch mit dem Chargé d'affaires Portugals über Situation auf den Kapverden und in Guinea-Bissau
- 8.12. mo: Gespräch mit Herrn Schmid, Schweiz. Botschaft
- mo + nachm: Konsultativkomitee der WARDA

- 33 -

- 9.12. mo: Gespräch mit Botschafter Richard
 mo+nachm: Fortsetzung Konsultativkomitee WARDA
 abend: Gespräch mit M. Thiam, Chef du Service géographique du Sénégal, betreffend Fragen Ife
- 10.12. mo: Reise nach Bissau
 nachm: Gespräch mit der Coopération internationale (J.H. Carvalho de Alvarenga)
 abend: Kontakte mit PNUD (Mme Paquin) und UNHCR (Mlle Pfenniger)
- 11.12. Flug nach Sal und Praia (Kapverdische Inseln)
 abend: Diskussion mit PNUD (G. Noyen)
- 12.12. mo: Gespräche mit PNUD über Gesamtplanung (D. Fernandopullé)
 nachm: Diskussionen im Landwirtschaftsministerium über die Realisierung des Gabionsprojekts (J. Gonçalves, C.E. Pinhero Silva)
 abend: Bereinigung Vertrag mit dem Landwirtschaftsminister Sergio Centeio
- 13.12. Besuch zweier Täler (Valle dos Picos, Valle dos Flamengos) wo die Erstellung von Dämmen und Einführung der Culture maraichère vorgesehen ist.
- 14.12. Studium Projektunterlagen Culture maraichère, Notizen
- 15.12. Besuch einer staatlichen Plantage (Bananen und Gemüsekultur) sowie einer Pepinière

- 34 -

- 16.12. mo: Besprechung mit M. Brito, Direktor der Coopération internationale (Détails Projekt Gabions, weitere Zusammenarbeit)
Gespräch mit dem Res.rep.Stv. des FNUD (M. Horekens)
- nachm: Ausarbeitung des Projektvorschlags "Culture maraîchère (H. Soares, Directeur de l'Agriculture)
- 17.12. mo: Beendigung Ausarbeitung Projektvorschlag
- nachm: Abschlussgespräche mit der Coopération internationale und der Direction de l'Agriculture
- 18./19.12. Rückflug über Lissabon.